

Kurz-Infos — EVP besucht die Energiezentrale Forsthaus

Glatz-Vorfahre gründete EVP

Kürzlich feierte die Firma Beck Glatz Confiseur in Bern ihr 150-Jahr-Jubiläum. Dabei wurde auch bekannt, dass David Glatz,



David Glatz

ein Vorfahre des heutigen Firmeninhabers Thomas Glatz, 1917 mithalf, die EVP Stadt Bern zu gründen. Er sei, so schrieb der «Bund» Mitglied des Kirchgemeinderates und des Blauen Kreuzes gewesen und habe sich «stark für seine Mitmenschen engagiert».

Der ganze «Bund»-Artikel kann nachgelesen werden unter www.facebook.com/evpstadtbern.

Vernehmlassung zur Kulturförderung

Bis Ende August war es möglich, Stellung zu nehmen zum Vorschlag der Städtischen Kulturförderung 2016–2019. Durch das neue kantonale Kulturförderungsgesetz erhält die Stadt für viele Institutionen mehr Kompetenzen und kann zusätzliche Gelder verteilen oder einsparen. Die EVP bedauert, dass kein Kulturkonzept vorliegt, das Schwerpunkte der Förderung festlegt. Sie weist zudem darauf hin, dass die vorgesehene Zusammenlegung des Schlachthaus Theaters und des Dampfzentrale unter einem Dach wohl nicht im geplanten Zeitraum und ohne sorgfältigen Prozess zu bewerkstelligen ist.

Die EVP Stadt Bern lud zur Besichtigung der neuen Energiezentrale Forsthaus von Energie Wasser Bern (ewb). Das Interesse war gross: Der Event war mehr als ausgebucht, so dass am Ende der Anmeldefrist gar mehrere Personen zurückgewiesen werden mussten.

Nach einer informativen Einführung durch CEO Daniel Schafer konnten 30 Personen in zwei Gruppen aufgeteilt die verschiedenen Teile der Energiezentrale besichtigen: Kehrlichtverbrennung (inklusive Kontrollraum), Holzheizkraftwerk sowie Gas- und Dampf-Kombikraftwerk.



Eine Gruppe zu Gast im Inneren der Energiezentrale.

Diese produzieren Strom, Wärme und Dampf. Die Anlagen decken rund einen Drittel des Strombedarfs der Stadt Bern und speisen ein beachtliches Fernwärmenetz über die Insel und die Universität bis in die obere Altstadt.

Alle Teilnehmenden zeigten sich beeindruckt vom Gesehenen und den erfahren Hintergründen. Ein anschliessender Apéro bot Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen und Eindrücke auszutauschen.

Christof Erne

Warum sind 25 Millionen nicht 25 Millionen?

18. Mai 2014: Eine satte Mehrheit des Berner Stimmvolks nimmt die Senkung der Handänderungssteuer an. Davon profitieren v.a. gutsituierte Käuferinnen und Käufer von Einfamilienhäusern. Kostenpunkt für den Kanton: rund 25 Mio. Franken.

12. Juni 2014: Der Grosse Rat versenkt die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien. Rund sechs Jahre früher hatte er eine Parlamentarische Initiative der EVP angenommen, die die Erarbeitung des nun abgelehnten Gesetzes verlangt hatte. Kosten für den Kanton: rund 25 Mio. Franken.

Einmal mehr messen Bernerinnen und Berner mit verschiedenen Ellen. Wenn's ums eigene Portemonnaie geht (gehen könnte), ist man gemein-

hin dafür. Was sind in dem Fall schon 25 Mio. in einem Budget von 10 Mia.? Wenn es hingegen darum geht, für andere und v.a. nachhaltig und über Generationen hinweg zu investieren, heisst es, es sei «der falsche Zeitpunkt» und der Kanton könne sich das wegen der «fragilen Finanzen» nicht leisten.

Bei der nun abgelehnten Variante der Familien-Ergänzungsleistungen handelte es sich um eine Minimalvariante, die auf die schwierige Finanzsituation des Kantons Rücksicht nahm. Profitiert hätten nur Einelternhaushalte sowie Zweielternhaushalte mit mindestens drei Kindern – davon mindestens eines im Vorschulalter. Zusätzlich hätten die betroffenen Eltern erwerbstätig und mindestens fünf Jahre

im Kanton wohnhaft sein müssen. Man hätte gezielt – und sicher nicht mit der Giesskanne – die schwierige Situation von Working-Poor-Familien (u.a. auch Bauernfamilien) gelindert.

Auch jene Parteien, die nun die Familienergänzungsleistungen ablehnten, versprechen in ihren Parteiprogrammen hoch und heilig, dass sie Familien unterstützen wollen. Warum setzen sie ihre Versprechen nicht um? Wenn man bedenkt, dass im Kanton Bern Alleinerziehende und Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren viel häufiger auf Sozialhilfe angewiesen sind als in der übrigen Schweiz, ist dieser Entscheid des Grossen Rates einfach erschütternd!

Barbara Streit-Stettler,
Grossrätin und Präsidentin
der EVP Stadt Bern

Das Mobilitätsbedürfnis und die Rolle der Politik

Die Mobilität ist ein Grundbedürfnis des Menschen und ist verbunden mit Freiheit, Unabhängigkeit und Fortschritt. Bereits im Kindesalter wird mit viel Bewegungsdrang die Umgebung erforscht. Dabei genügt als Erlebnisraum ein kleiner Umkreis um den Häuserblock. Mit zunehmendem Alter vergrössert sich jedoch der Radius und erstreckt sich nicht selten rund um den Erdball. Im hohen Alter oder bei Krankheit schrumpft die Mobilität, Grenzen werden erreicht und man ist auf andere Menschen angewiesen.

Wichtige Infrastruktur

Vor über 100 Jahren, im 19. Jahrhundert, wurde mit grosser Opferbereitschaft in den Aufbau von Strassen- und Schienenverbindungen investiert. Damit konnten Güter und Arbeitskräfte getauscht, Hunger minimiert und die Armut auch in den

hintersten Bergtälern verdrängt werden. Von diesen Anstrengungen unserer Vorfahren profitieren wir noch heute in grossem Masse, haben sich die Bauwerke doch als nachhaltig erwiesen.

Kehrseite der Medaille

Die Nachfrage nach Mobilität wächst und wächst und kann kaum gestillt werden. Immer schneller, direkter, ungestörter und bequemer soll es gehen. Es geht längst nicht mehr nur um die Versorgung mit Gütern und die Hebung des Wohlstands. Die Mobilität wird ungehemmt konsumiert, und es ist en vogue, für ein paar Stunden Einkaufsbummel schnell nach London oder New York zu fliegen. Der Preis dafür ist sehr hoch: Umweltzerstörung, Ungleichgewicht, Krieg beim Kampf um Ressourcen, Stress. Mit grosser Geschwindigkeit rasen wir durch Zeit und

Raum und verpassen Gelegenheiten zur Einkehr.

Die Aufgabe der Politik

Trotz diesem Irrsinn ist es nicht Aufgabe des Staates, die Mobilität zu reglementieren oder Kilometer einschränkungen zu erlassen. Dies würde den Personen- und Güterverkehr beeinträchtigen und unseren Wohlstand bedrohen. Vielmehr ist es Aufgabe der Gemeinschaft, den Verkehr zu kanalisieren, das Angebot gezielt zu steuern und Anreize zu schaffen, die Verkehrsmittel sinnvoll einzusetzen.

Dazu gehört die Bereitstellung eines attraktiven Angebots im öffentlichen Verkehr wie z.B. mit dem Bau einer neuen Tramachse von Ostermündigen nach Köniz. Dies löst zwar bei mir keine Begeisterungstürme aus, weil es trotz aller Vorsicht zu Beeinträchtigungen kommen wird und nicht alle Probleme löst. Es ist



Urs Jost

aber ein Projekt, das eine nachhaltige Entwicklung fördert.

Alternativen prüfen

Meine Grosseltern waren pro Tag viele Kilometer auf Schusters Rappen unterwegs. Vielleicht wäre es an der Zeit, dieses alternative Verkehrsmittel ebenfalls auszuprobieren...

Urs Jost, Architekt HTL,
EVP-Vertreter im «Dialog
Nordquartier»

EVP im Internet

Aktuelle Informationen zur EVP Stadt Bern finden Sie immer auf www.evp-bern.ch und www.facebook.com/evp-stadtbern.

Wenn Sie unsere Politikerinnen und Politiker näher kennenlernen

wollen, geben Ihnen deren persönliche Webseiten interessante Einblicke: zu Grossrätin Barbara Streit-Stettler auf www.barbara-streit.ch, zu Stadtrat Matthias Stürmer auf www.stuermer.ch.

Termine 2014

Mittwoch, 5. November um 19.30 Uhr in der Nägeli-gasse 9, Bern: Parteiversammlung mit Parolenfassung zu den Abstimmungen vom 30. November 2014.

Mittwoch, 3. Dezember um 19.30 Uhr in der Nägeli-gasse 9, Bern: Adventsfeier mit politischem Rückblick, adventlichem Teil und gemütlichem Beisammensein.

Nähere Angaben zu allen Terminen auf der Homepage www.evp-bern.ch.

Auch für Menschen politisieren, die keine Lobby haben

Seit 1. Juni gehört unsere Stadtberner Parteipräsidentin Barbara Streit-Stettler dem Kantonsparlament an. Sie berichtet hier über ihre ersten Eindrücke.

Auf deiner Homepage www.barbara-streit.ch zeigst du dich in einer lesenswerten Nachlese (s. S. 4) zu deiner ersten Session als Grossrätin enttäuscht über die fehlende Familienfreundlichkeit des Kantonsparlaments. Wird dort stärker Interessenpolitik gemacht als im Berner Stadtrat, dem du elf Jahre angehört hast?

Interessenpolitik wird auch im Stadtrat gemacht. Nur sind dort die Mehrheitsverhältnisse diametral anders. Verwundert bin ich einfach darüber, dass die SVP als weitaus stärkste Partei im Grossen Rat, die Familie als Keimzelle des Staates glorifiziert, sich dabei aber einen Deut um die Nöte der armen Bauernfamilien kümmert. In der letzten Session fiel ein Gesetz für moderate Familienergänzungsleistungen durch, weil die Bürgerlichen nein dazu sagten. Dieses hatte die EVP seinerzeit mit einer parlamentarischen Initiative angestossen.

Du hast bereits zwei Motionen und ein Postulat mit eingereicht zu den Themen preisgünstige Wohnungen und Einbürgerungen. Dir sind also auch hier benachteiligte Menschen wichtig?

Im Sinne der Nächstenliebe ist die EVP aus meiner Sicht verpflichtet, für Menschen zu politisieren, die keine Lobby haben und daher durch

die Maschen der Politik fallen. Im vergangenen Jahr wurde im Kanton Bern eine Initiative der SVP für ein verschärftes Einbürgerungsgesetz angenommen. Daraufhin wurden sämtliche Einbürgerungsgesuche vorsorglich sistiert. Mit unserem Vorstoss möchten wir nun bewirken, dass wenigstens diese Gesuche nach dem alten Recht weiterbearbeitet werden können, die vor der Abstimmung eingereicht wurden.

Du bist zweimal als Sprecherin der EVP-Fraktion aufgetreten. Du hast dich im Gegensatz zur Finanzdirektorin fürs Ausnutzen von Sparmöglichkeiten im IT-Bereich der Verwaltung und gegen einen SVP-Vorstoss zur Halbierung der eher bescheidenen Unterschriftenzahlen für kantonale Initiativen und Referenden eingesetzt. Welche Gedanken haben dich da geleitet?

Als ich mich als zukünftige Grossrätin mit der Organisation der IT im Kanton befasste, habe ich gestaunt: Im Gegensatz zur Stadt Bern ist diese ziemlich dezentral und mit den unterschiedlichsten Anwendungen organisiert. Unterdessen ist auch ein Bericht herausgekommen, der das Sparpotenzial in diesem Bereich aufzeigt. Nun müssen wir den Finger draufhalten, dass die aufgezeigten Optimierungsmöglichkeiten

auch wirklich umgesetzt werden.

Der SVP-Vorstoss zur Senkung der Unterschriften hätte im Grunde genommen zur Aushöhlung der Demokratie geführt. Obwohl wir es heute mit den elektronischen Möglichkeiten wesentlich leichter haben, Initiativen und Referenden zu lancieren, wollte er die Hürden nochmals senken. Damit wäre die Anzahl der Abstimmungsvorlagen angestiegen und die Stimmbeteiligung und das Interesse an Politik noch mehr gesenkt worden. Zum Glück wurde er abgelehnt.

Du bist in die Finanzkommission (FiKo) des Rats gewählt worden. Wie sind deine ersten Eindrücke von der Kommission?

In der FiKo wird aus meiner Sicht sehr seriös und professionell gearbeitet. Die Mitglieder engagieren sich, ohne dafür grosse Lorbeeren in der Öffentlichkeit ernten zu können, weil ja die Diskussionen und teils auch die Geschäfte vertraulich sind.

Hast du schon ein Thema im Köcher, das du im



EVP-Grossrätin
Barbara Streit-Stettler

Grossen Rat demnächst angehen willst?

Mir liegt die Volksschule am Herzen. Es wird heute oft und gerne über die Probleme der Lehrpersonen mit den in verschiedenster Hinsicht «schwierigen» Kindern lamentiert. Dies ist nicht zielführend. Es müsste vermehrt darum gehen, die grosse Unterschiedlichkeit der Kinder als Zeiterscheinung zu akzeptieren und auf Hilfestellungen für die Lehrpersonen im Schulalltag hinzuarbeiten.

Interview: Christof Erne

Zur Person

Barbara Streit-Stettler (www.barbara-streit.ch) war während elf Jahren im Berner Stadtrat aktiv. Sie wurde im Frühjahr in den Grossen Rat gewählt. Sie gehört diesem seit dem 1. Juni 2014 an und ist dort Mitglied der Finanzkommission (FiKo)

und stellvertretendes Mitglied der Sicherheitskommission (SiK).

Die Politikerin ist zudem im Zentralvorstand der EVP Schweiz, Präsidentin der EVP Stadt Bern und Vorstandsmitglied im Verein «Volksschule ohne Selektion».



Mit Tram Region Bern zweigen vom Viktoriaplatz (links) und Eigerplatz (rechts, bei Nacht) neue Tramlinien in die bevölkerungsreichen Vororte Ostermundigen bzw. Köniz ab.



Bildmontagen: www.tramregionbern.ch

Eine Tramlinie, die verbindet

Am 28. September entscheiden die Stimmberechtigten der betroffenen Gemeinden Ostermundigen, Bern und Köniz über Projektierungskredite für das Tram Region Bern.

Anders als bei den Tramlinien 7 und 8 soll die Tramlinie 10 (Tram Region Bern) ein Gemeinschaftswerk werden, denn die heutige Rekordbuslinie (jährlich mehr Passagiere als alle Postautolinien des Kantons Bern zusammen) verbindet via Bern Ostermundigen mit Köniz. Viele wissen aus eigener Erfahrung, wie voll die 10er-Busse oft sind, besonders auf dem Stadtabschnitt. Zusätzlich entstehen insbesondere im Liebfeld noch einmal viele neue Arbeitsplätze und im Schönberg und allen-

falls im Galgenfeld neue Wohnungen. Der Bedarf an einem leistungsfähigen Verkehrsmittel ist also offensichtlich – das Tram kann dies bieten. Ausserdem ist es ökologischer als Busse, bietet mehr Platz und mehr Fahrkomfort – gerade auch für Menschen mit Einschränkungen oder Eltern mit Kindern im Kinderwagen.

Die EVP-Abgeordneten in allen drei Parlamenten haben die neue Tramlinie begrüsst. In Ostermundigen sind Sanierungen der betroffenen Strassenabschnitte sowie des heute

nicht rollstuhlgängigen Bahnhofes längst überfällig – dementsprechend sagte das Parlament fast einstimmig Ja zum vorliegenden Projekt. Die Mehrheit des Berner Stadtrats hat neben den bereits erwähnten Vorteilen des Verkehrsmittels Tram gegenüber dem Bus auch die Tatsache überzeugt, dass auf vielen Strassenabschnitten in der Stadt ebenfalls eine Sanierung der darunter liegenden Leitungen notwendig ist. So würde etwa die Hälfte des städtischen Kostenanteils von 54,6 Mio. Franken auch ohne neue Tramlinie anfallen. Das vorliegende Projekt hat ein aufwändiges Bewilligungsverfahren von Bund und Kanton durchlaufen und wird zu einem grossen Teil (gesamte Traminfrastruktur)



Stadträtin
Bettina Jans-Troxler

von diesen beiden Kostenträgern finanziert.

Abschliessend kann gesagt werden, dass die Bevölkerung von Bern West nach der anfänglich grossen Skepsis gegenüber den neuen Tramlinien heute ihre Trams nicht mehr hergeben möchte.

Bettina Jans-Troxler,
EVP-Stadträtin

Zweite Tramachse separat

Der Bau einer zweiten Tramachse durch die obere Altstadt (via Speichergasse und Nägelgasse) ist in diesem Tramprojekt noch nicht enthalten; sie befindet sich momentan in der Projektierungsphase.

Nach Fertigstellung der als erstes in Angriff genommenen Achse Viktoriaplatz–Ostermundigen würde zur Entlastung der Hauptgassen anstelle des 10er-Busses neu der 12er-Bus durch die Bundesgasse fahren.

Impressum

Herausgeber: EVP Kanton Bern, Postfach, 3000 Bern 7
Redaktion «Berner EVP»: Christof Erne, Bern
Kontaktadresse für «EVP-Info»: Christof Erne
Tel. 031 991 78 91, bevp@evp-be.ch

EVP Stadt Bern, Postfach 6049, 3001 Bern
Postcheckkonto 30–2067–3
info@evp-bern.ch, www.evp-bern.ch
und www.facebook.com/evpstadtbern

